

Linksrutsch für Bayern verhindern!

Wahlaufruf der Christlich-Sozialen Union in Bayern

Eine Woche vor der Bundestagswahl haben SPD und Grüne, mit Olaf Scholz und Annalena Baerbock an der Spitze, ein Regierungsbündnis mit der Linkspartei weiterhin nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil, die Offenheit für ein solches Linksbündnis wird an vielen Stellen und von unterschiedlichen Angehörigen von SPD und Grünen immer wieder vorgetragen. Es bleibt dabei: **Die Gefahr eines Linksrutsches in Deutschland ist keine abstrakte, sondern eine sehr konkrete.**

Als CSU machen wir daher nochmals deutlich, was ein Linksrutsch für den Freistaat Bayern in der Konsequenz bedeuten würde. Klar ist: **Niemand der 13,14 Millionen Bayern bliebe von einem Linksrutsch in seinem Alltag verschont.** Deshalb ist die Bundestagswahl für alle eine echte Richtungsentscheidung.

- 1. 1,3 Millionen Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie in Bayern** würden infolge der steigenden CO₂-Bepreisung und ihren Auswirkungen auf die Strompreise unter Arbeitsplatzdruck geraten. Durch die fehlende Bereitschaft einer linken Regierung zu steuerlichen Entlastungen für Unternehmen droht die Abwanderung von Fertigungs- und Produktionskapazitäten ebenso wie von Forschungseinrichtungen und Kapital ins Ausland. Besonders betroffen wäre neben der Automobilindustrie und ihren Zulieferern auch die chemische Industrie in Bayern. Zu befürchten wäre zudem auch eine Benachteiligung Bayerns im innerdeutschen Vergleich.
- 2. Circa 1,1 Millionen Mini-Jobber im gewerblichen Bereich in Bayern** wären betroffen von den Umbauplänen der linken Parteien, die Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Jobs überführen wollen. Betriebe wie Beschäftigte würden gleichsam unter dem Wegfall dieses etablierten Modells leiden, das Flexibilität für beide Seiten bietet. Einzelne Branchen wie das bayerische Hotel- und Gaststättengewerbe wären Hauptleidtragende.
- 3. Etwa 300.000 Beamte in Bayern** wären mit Nachteilen in der Absicherung für Krankheit und Pflege sowie steigenden Abgaben konfrontiert, wenn eine linke Einheitsversicherung das bewährte System aus gesetzlicher und privater Krankenkasse ablöst. Selbiges gilt für die von linken Parteien vorgesehene Zwangsmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung. Innerhalb der gesetzlichen Kassen käme es dabei nur zur einer zeitlichen Verlagerung der Kostenbelastungen.

- 4. Millionen von Sparern und Eigentümern in Bayern** würden drastische Nachteile erleiden. Durch neue Steuern und Abgaben auf Substanz und Vermögen würde Eigentum entwertet werden. Zugleich entstünden durch die von linken Parteien massiv betriebene Aufweichung der Stabilitätskriterien der Europäischen Union und die Vergemeinschaftung von Schulden neue Haftungsrisiken, von denen gerade Sparer betroffen wären. Für viele stünde damit ihre Altersvorsorge auf dem Spiel.
- 5. Eine Million Ehepaare mit minderjährigen Kindern in Bayern** würde infolge der Abschaffung des Ehegattensplittings steuerlich zusätzlich belastet. Die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung würde weitere finanzielle Planungsunsicherheit für Familien nach sich ziehen.
- 6. Rund 580.000 Familienunternehmen in Bayern** würden unter höheren Erbschaftssteuern, Vermögenssteuern und Vermögensabgaben leiden. Unternehmensnachfolgen würden damit massiv erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Auch hier wären Arbeitsplatzverluste und ein Rückgang an Innovation logische Folgen
- 7. Ungefähr 78.000 familiengeführte landwirtschaftliche Betriebe in Bayern** bekämen die Folgen von Vermögenssteuern und höheren Abgaben zu spüren. Innovationsprogramme und Strukturhilfen würden deutlich gekürzt werden oder ganz wegfallen. Bauern wären zudem einer Anprangerung als Klimasünder und einem linken Öko-Diktat ausgesetzt.
- 8. 68 Bundeswehrstandorte in Bayern** stünden aufgrund der unzureichenden oder sogar fehlenden Bekenntnisse der linken Parteien zur Bundeswehr und zur NATO vor einer unsicheren Zukunft. Nach dem gerade noch abgewendeten Truppenabzug der US-Army würde dies erneut zahlreiche bayerische Regionen hart treffen. Über **41.000 Polizistinnen und Polizisten in Bayern** könnten sich zudem auf Bundesebene der politischen Rückendeckung für ihre Arbeit nicht mehr sicher sein, da linke Parteien bereits in der Vergangenheit mit Misstrauen gegenüber der Polizei aufgefallen sind.
- 9. Für rund drei Millionen Menschen im Ballungsraum München** würde sich die Wohnungsnot nochmals deutlich verschärfen, denn der Wohnungsneubau und die Sanierung von Wohnraum käme durch die Aussicht auf höhere Steuern, Maßnahmen wie verfassungswidrige Mietendeckel oder die angedrohten Verstaatlichungen von Immobilienunternehmen zum Erliegen. Neben München wären andere Ballungsräume wie Regensburg oder Augsburg gleichermaßen betroffen. Umgekehrt wären Eigenheimbesitzer von Eingriffen in das Eigentum wie Vermögenssteuern oder Vermögensabgaben stark betroffen, Mieterhöhungen wären abermals die Folge.

- 10. Für die Halter von etwa 8,1 Millionen PKWs in Bayern** stehen im Falle eines Linksrutsches schwere Zeiten bevor. Massiv steigende Benzin- und Dieselpreise ohne Ausgleich würden vor allem bayerische Pendler und mittelständische Handwerksbetriebe belasten. Dieselfahrverbote würden ganze Existenzen gefährden. Hinzu käme ein ökologisch fragwürdiges Tempolimit.
- 11. Eine massive Schwächung des ländlichen Raums in Bayern** droht. Angriffe auf die private Mobilität, die Verunglimpfungen der Bewahrer unserer bayerischen Kulturlandschaft und die Umverteilung von Fördergeldern und Investitionen würden die Stärkung des ländlichen Raums um Jahre zurückwerfen. Damit wäre ein bayerisches Kernanliegen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land, fundamental in Frage gestellt.
- 12. Staatliche Investitionen in die Infrastruktur in Bayern** würden massive Streichungen erfahren. Das Geld würde in andere Bundesländer oder andere Projekte umgelenkt werden. Planungsstopps bei Ortsumgehungen und dem Ausbau oder der Sanierung von Bundesstraßen und Autobahnen wären die Folge.

Deshalb erneuern wir als CSU unser **Stabilitätsversprechen**: Wir wollen verhindern, dass das Berliner Modell auf Deutschland übertragen wird. Wir wollen Deutschland und Bayern stabil halten. Wir wollen einen Linksrutsch in unserem Land verhindern – zum Wohle der Arbeitnehmer, der Familien, der Unternehmer und aller Leistungsträger in unserem Land. **Wir wollen Bayern stark machen statt Deutschland zu schwächen.**

Nur eine starke Union mit einer starken CSU kann Stabilität in Deutschland garantieren. **Nur eine starke Union mit einer starken CSU ist Garant dafür, dass unser Land nicht in die Unregierbarkeit abrutscht.** Deutschland braucht nach der Wahl rasch eine stabile Regierung, keine monatelangen Koalitionsverhandlungen. FDP, Grüne und SPD waren nach der Bundestagswahl 2017 dafür verantwortlich, dass die Regierungsbildung ein halbes Jahr dauerte. Es war die Union, die bereit war, Deutschland zu führen. Im Angesicht der Corona-Pandemie, der geopolitischen Instabilitäten und der Herausforderungen unserer Zeit gilt deshalb: **Wir müssen bei der Bundestagswahl 2021 unklare Verhältnisse vermeiden.**

Dafür werben wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Als Union haben wir in historischen Momenten bewiesen, dass wir das Richtige für Deutschland tun. Als CSU haben wir bewiesen, dass auf uns und unseren Einsatz für bayerische Interessen immer Verlass war.

Keine andere Partei ist in Bayern so verwurzelt wie die CSU.

Keine andere Partei hat für Bayern so viel erreicht wie die CSU.

Keine andere Partei kämpft so sehr für Bayern wie die CSU.

Es ist nicht egal, wer regiert:

Wir appellieren an alle Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Wir rufen sie auf, extremen Parteien, die unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere freiheitliche Art zu leben in Frage stellen, eine klare Absage zu erteilen.

Wir bitten sie um beide Stimmen für die CSU. Für Stabilität und Sicherheit. Für Wachstum und Wohlstand. Für Bayern und Deutschland.